

TÜRKEI

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2019

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die gleichzeitig im Juni 2018 durchgeführte Präsidenten- und Parlamentswahl spiegelten in ihren Ergebnissen weitgehend die bereits im Vorjahr beim Verfassungsreferendum deutlich gewordene Spaltung in zwei große Lager wider. Während Staatspräsident Erdoğan mit 52,5 Prozent bereits im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde, verlor die AKP bei der Parlamentswahl 7,1 Prozentpunkte und erreichte 42,4 Prozent. Mit 11,4 Prozent gelang der HDP der Sprung über die 10prozentige Sperrklausel. Wahlanalysen zeigen, dass sich Wählerwanderungen vor allem innerhalb der Wahlbündnisse ergaben, die bei dieser Wahl erstmals möglich wurden. Zur Wahl angetreten war ein Bündnis von AKP und MHP, dem ein Bündnis aus CHP, İYİ Partei und Saadet Partei gegenüberstand. Die HDP trat allein an.

Ausgelöst wurde die vorgezogene Wahl durch den MHP-Vorsitzenden Devlet Bahçeli mit der Begründung, dass in Zeiten, in denen die Existenz der Türkei auf dem Spiel stehe, klare Mehrheitsverhältnisse bestehen sollten und der Übergang zum Präsidialsystem unverzüglich vollzogen werden müsse. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass die absehbare Verschlechterung der Wirtschaftslage zu dieser Entscheidung beigetragen hat. Während die AKP und Erdoğan ihren Wahlkampf mit der Botschaft »Stabilität und Kontinuität« führten, setzten Ince und die CHP mit dem Slogan »Versöhnung und Gemeinsamkeit« dagegen. AKP und MHP stellten in ihrem Wahlkampf das Bild einer von Feinden umgebenen Türkei in den Vordergrund, die um ihre Existenz kämpft. Die Opposition wiederum kündigte die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie an.

Die Bewerber hatten einen sehr ungleichen Zugang zur Öffentlichkeit. Dazu trug nicht zuletzt bei, dass die Doğan Medienholding im April 2018 an die regierungsnahen Demirören Gruppe verkauft wurde. Während Reden von Staatspräsident Erdoğan mehrfach täglich landesweit übertragen wurden, wurde über den Wahlkampf der Opposition kaum berichtet.

Doch auch jenseits von Wahlkampfzeiten: Mit der DHA Nachrichtenagentur ist die letzte nicht direkt unter Kontrolle von Regierungsanhängern stehende landesweite Agentur ausgefallen. Andere waren durch Ausnahmezustandsverordnungen aufgelöst und vor allem kurdische durch Internetblockaden zum Schweigen gebracht worden. Zahlreiche profilierte Journalisten und Kolumnisten verließen nach dem Übergang an die Demirören Gruppe renommierte und auflagenstarke Zeitungen und Medien wie Hürriyet, Post, CNN Türk oder Kanal D.

Doch auch neben diesen eher wirtschaftlichen Faktoren geht das Vorgehen gegen Meinungsäußerungen weiter. Angaben des Innenministeriums zufolge wurden in 2018 13.500 Ermittlungsverfahren wegen Beiträgen in sozialen Medien eingeleitet. Im Vordergrund steht dabei der Vorwurf der Terrorismuspropaganda und der Präsidentenbeleidigung. Bei beiden Tatbeständen wird häufig Untersuchungshaft angeordnet.

Die erste Instanz der Verfahren um den gescheiterten Militärputsch 2016 ist weitgehend abgeschlossen. Die Zahl der »erschwert lebenslänglich« Urteile wird mit 2.000 angegeben. Nun müssen diese Urteile noch durch den Kassationsgerichtshof bestätigt werden. Zugleich macht die Kommission zu Ausnahmezustandsentscheidungen nur langsame Fortschritte. Sie befasst sich insbesondere mit Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst. Von den 125.000 vorliegenden Prüfungsanträgen wurden bis November 2018 42.000 entschieden. Nur einer geringen Zahl wurde stattgegeben, doch ist der Spruch der Kommission Voraussetzung für eine gerichtliche Prüfung.

Mit der zunehmenden internationalen Kritik, dass auch ein Jahr nach der Inhaftierung des bekannten NGO-Akteurs Osman Kavala keine Anklage gegen ihn erhoben wurde, nahm die türkische Justiz im November und Dezember 2018 wieder Ermittlungen zu den Gezi Park Protesten vom Sommer 2013 auf. In diesem Zusammenhang wurden Personen aus dem Vorstand der Organisation »Anadolu Kültür« zunächst festgenommen, bis auf eine jedoch wieder freigelassen. Hintergrund ist nicht zuletzt die These, die auch vom Staatspräsidenten verbreitet wird, dass für die Proteste internationale Geheimdienste und die Open Society Stiftung von George Soros verantwortlich

seien. Die Open Society Stiftung erklärte daraufhin, dass sie ihre Aktivitäten in der Türkei einstellen werde.

Im Oktober urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zum inhaftierten früheren Ko-Vorsitzenden der HDP Selahattin Demirtaş. Der Gerichtshof stellte fest, dass gegen Grundsätze eines fairen Verfahrens verstoßen worden sei und legt politische Motive für die Inhaftierung nahe. Aus diesem Grund wurde eine Freilassung gefordert. Diese Forderung wurde von Staatspräsident Erdoğan zurückgewiesen. Tatsächlich weigerte sich das zuständige große Strafgericht, den Spruch umzusetzen. Zum einen bezweifelte es die Rechtskraft vor Ablauf der Einspruchsfrist und zum anderen wandte es sich ans Justizministerium mit dem Auskunftsbegleichen, ob der Spruch bindend sei. Dass ein Berufungsgericht nur eine Woche nach dieser Entwicklung und in nur einem Drittel der üblichen Bearbeitungszeit einen Schuldspruch gegen Demirtaş zustimmte und damit eine Haftstrafe gültig wurde, wird als weiteres Manöver bewertet, sich der Europarats-Verpflichtung zu entziehen. Außerdem ist es ein weiteres Beispiel dafür, wie wenig von einer Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei übrig geblieben ist.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Bereits im Frühjahr 2018 warnten internationale Organisationen wie zum Beispiel der IWF davor, dass die türkische Wirtschaft »überhitzt« sei. Die hohen Wachstumsraten würden durch strukturelle Instabilität erkaufte. Im August folgte eine Währungskrise, bei der die Türkische Lira schnell an Wert verlor. Die Inflation schnellte in die Höhe, es folgte eine hohe Zinserhöhung. In der Folge wird das Wirtschaftswachstum nachlassen, viele Beobachter rechnen mit einer Rezession.

Aus den volkswirtschaftlichen Indikatoren lässt sich ablesen, dass seit Jahresbeginn eine schnelle Verschlechterung der Zahlungsbilanz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt erfolgte. Zugleich stieg die relative Verschuldung schnell an. Der Anteil an Krediten mit kurzer Laufzeit stieg, während die Reserven der Zentralbank stark abnahmen. Parallel dazu entwickelten sich die Quartalszuwächse des Bruttoinlandsprodukts von einem Niveau von 5,3 Prozent zu Beginn 2017 auf eine Höhe von 7,3 Prozent im vierten Quartal 2017 und im ersten Quartal 2018, um im zweiten Quartal 2018 auf 5,2 Prozent zurückzugehen.

Lag Anfang 2017 das Inflationsniveau noch unter 10 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, stellte sich ab Juli 2017 ein kontinuierlicher Anstieg ein. Hatte im Frühjahr 2018 noch die Hoffnung bestanden, dass aufgrund der höheren Anstiegsraten im zweiten Halbjahr 2017 die Inflation ab Juli wieder unter 10 Prozent sinken könnte, zeigt sich ab März 2018 ein rasanter Anstieg der Erzeugerpreise. Als Anstiegsfaktoren sind dabei die Wertverluste der Türkischen Lira im Mai und August 2018 verantwortlich zu machen.

Am 13. September 2018 reagierte die Zentralbank mit einer Erhöhung der Zinsen von 17,75 Prozent auf 24 Prozent. Zuvor war durch die Einschränkung des Zugangs zu Türkischer Lira

bereits der Wertverfall verlangsamt worden. Nach der Zinsentscheidung stellte sich eine langsame Erholung der Währung ein.

Als Folge der Währungskrise zeigten sich darum Rückgänge von Produktion und Handel. Um die Wirtschaft wieder zu beleben, setzte die Regierung auf zahlreiche Kampagnen in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden. Befristete Steuererleichterungen z.B. beim Kraftfahrzeughandel oder die vorübergehende Absenkung von Gebühren für Grundbucheintragen sollten dabei zum einen das Risiko für den öffentlichen Haushalt senken und zum anderen zu schnellen Ergebnissen führen, um das Wirtschaftsvertrauen aus der Talsohle zu bringen.

Die Einschätzungen über die politischen Folgekosten der krisenhaften Wirtschaftslage gehen weit auseinander. Gleichwohl hat die Regierung mit aller Kraft versucht, die Folgen der Währungskrise bis zu den Kommunalwahlen am 31. März 2019 bzw. zu den Neuwahlen in Istanbul im Juni 2019 zu dämpfen. Zugleich bemüht sich die Regierung die Hoffnung zu wecken, es handele sich um einen kurzfristigen Einbruch und dass das Schlimmste überstanden sei. Um die politische Verantwortung abzuwälzen, bewertet sie die wirtschaftlichen Probleme als einen Angriff fremder Mächte.

Bereits spürbar sind dagegen die politischen Konsequenzen in der türkischen Außenpolitik. Mit der Freilassung des Missionars Peter Brunson wurde der Konflikt mit den USA deeskaliert. Die Sanktionen gegen die beiden türkischen Minister wurden daraufhin aufgehoben. Zugleich bemüht sich die türkische Regierung die EU-Beziehungen zu verbessern. Parallel dazu wird an einer Intensivierung der Beziehungen zu Russland gearbeitet.

Der UN Human Development Index platziert die Türkei auf Rang 64 von 188 Ländern womit das Land um 7 Ränge aufstieg. Auch auf dem UN Gender-Ungleichheit Index rangiert die Türkei auf Platz 69 und ist damit leicht aufgestiegen.

Mit dem nachlassenden Wirtschaftswachstum im zweiten Halbjahr 2018 stieg die Arbeitslosigkeit auf 11,4 Prozent. Auffällig ist dabei jedoch die Diskrepanz zwischen den vom Türkischen Statistikinstitut ermittelten Daten und denen der Arbeitsagentur ISKUR. Letztere erfassen eigentlich nur regulär Beschäftigte und müssten bei einer Beschäftigungsquote auf dem irregulären Arbeitsmarkt um rund 30 Prozent niedriger ausfallen. Gleichwohl gibt ISKUR die Arbeitslosigkeit höher an, was die Problematik der Zählung und Definition ein weiteres Mal auf die Tagesordnung bringt. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Erwachsenen liegt auf gleichbleibend hohem Niveau (21,6 Prozent).

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Angeichts einer für 2018 erwarteten Jahresinflation von 20 Prozent forderten die Gewerkschaften eine Anhebung des Mindestlohns über 2.000 TL netto. Gewerkschaften, Arbeitgeber und Ministerium für Arbeit und Soziales saßen in der Kom-

mission und haben dann am 25. Dezember ihre Entscheidung verkündet: der Mindestlohn wurde um 26 Prozent auf 2020 Türkische Lira angehoben. Diese überraschend hohe Steigerung des Mindestlohns fand sowohl bei den Gewerkschaften als auch beim Unternehmerverband TÜSIAD eine positive Resonanz.

Im ITUC Bericht zu globalen Rechten 2018 wird die Türkei erneut unter den zehn Ländern geführt, in denen die Arbeitsrechte am intensivsten verletzt werden. Im Hinblick auf Druck gegen unabhängige Gewerkschaften werden die Türkei, Weißrussland und Kasachstan als Länder mit den meisten Rechtsverstößen genannt. Dabei wurde insbesondere auf die Entlassungen durch Ausnahmezustandsverordnung sowie die Inhaftierung von Funktionären der Gewerkschaftsorganisationen DISK, KESK und Tümtis verwiesen. Zudem seien in verschiedenen Sektoren, darunter auch die Metall- und die Glasindustrie, Streiks verboten worden.

In einem Bericht, der auf Daten der türkischen Sozialversicherung, der ILO sowie des Rates für Arbeitsgesundheit und -sicherheit (ISIG) beruht, kritisiert der Verein für soziale Rechte (SHD), dass eine systematische Erfassung von Berufserkrankungen nicht vorgenommen wird. Zudem sei in den vergangenen fünf Jahren der Trend tödlicher Arbeitsunfälle weiter angestiegen. Im Jahr 2017 lag die offizielle Zahl tödlicher Arbeitsunfälle bei 633. Demgegenüber hat ISIG 2.006 tödliche Arbeitsunfälle registriert. Als Sektoren mit den höchsten tödlichen Unfällen pro 100.000 Beschäftigte werden der Bergbau (44,9), der Bausektor (33,6) sowie der Sektor Zement, Erden, Glas (33,4) angegeben.

Das Vorgehen gegen einen Protest von Arbeitern auf der Baustelle des neuen Flughafens Istanbuls hat international Aufsehen erregt. Die Proteste richteten sich gegen die zahlreichen Arbeitsunfälle sowie unmenschliche Arbeitsbedingungen. Die Proteste wurden von der Polizei mit Schlagstöcken und Tränengas niedergeschlagen. 64 Arbeiter wurden angeklagt, darunter befanden sich 31 in Untersuchungshaft. Der Prozessauftritt fand Anfang Dezember 2018 nicht in einem Gerichtssaal, sondern in einer Kantine der Flughafenbaustelle statt. Anwälte kritisierten außerdem die Behinderung ihrer Verteidigungsrechte. Immerhin wurde die Untersuchungshaft gegen die 31 inhaftierten Arbeiter aufgehoben, das Verfahren jedoch fortgesetzt.

GEWERKSCHAFTEN IN DER TÜRKEI – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Geschichte der Gewerkschaften in der Türkei beginnt Anfang der 50er Jahre. Die juristischen Grundlagen für die Gründung einer Gewerkschaft wurden 1947 gelegt. Fünf Jahre später gründete sich die Türk-İş (Union türkischer Gewerkschaften) als erster Gewerkschaftsbund. Dieses Gesetz sah jedoch weder ein Recht auf Tarifverhandlungen noch ein Streikrecht vor. Die Position des Dachverbandes sollte über der Parteipolitik stehen und war eher regierungsfreundlich¹.

Drei Jahre nach dem Militärputsch von 1960 wurden die Gewerkschaftsgesetze Nr. 274 und 275 über Tarifverhandlungen, Streiks und Aussperrungen verabschiedet. Darin wurde das Recht auf Streiks und Tarifverhandlungen anerkannt, wodurch die Gewerkschaften in den 1960er und 70er Jahren gewachsen sind.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In der Türkei gibt es eine strikte Unterscheidung zwischen »Arbeitern« und »Beamten«. Beide Kategorien arbeiten auf der Grundlage unterschiedlicher Gesetze (Nr. 4857 und Nr. 657) und können sich gemäß unterschiedlichen Gesetzen (Nr. 6356 und Nr. 4688) auch nur entweder in »Arbeitergewerkschaften« oder in »BeamtenGewerkschaften« organisieren. Der größte Unterschied im Arbeitsrecht zwischen Arbeitern und Beamten ist die größere Beschäftigungssicherheit für Beamte, die jedoch mit einem Streikverbot einhergeht.

Innerhalb der Türk-İş gibt es verschiedene Lager, wie die »Plattform zur gewerkschaftlichen Kräftevereinigung« (Sindikalar Güç Birliği Platformu), die als Zusammenschluss von 10 Einzelgewerkschaften auf der linken Seite gilt oder auch die Türk-Metal auf dem rechten Flügel. Trotz allem ist die Türk-İş weiterhin die größte »Arbeiterkonföderation« der Türkei, obwohl ihr Anteil von 71 Prozent auf 53 Prozent zurückging.

¹ Dinler, Demet (2013): Gewerkschaften in der Türkei, Istanbul: Friedrich-Ebert Stiftung.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände für Arbeiter_innen des Landes

Dachgewerkschaft	Vorsitz	Mitgliederzahl (Angaben in Juli 2018)	Internationale Mitgliedschaften
Türkiye İşçi Sendika Konfederasyonu (TÜRK-İŞ) Confederation of Turkish Trade Unions	Ergün Atalay	958.618	ETUC, IGB
HAK İş Sendikalar Konfederasyonu (HAK-İŞ) HAK-İş Trade Union Confederation	Mahmut Arslan	654.722	ETUC, IGB
Devrimci İşçi Sendikalar Konfederasyonu (DISK) Confederation of progressive Trade Unions of Turkey	Arzu Çerkezoğlu	160.568	ETUC, IGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

Branchen bzw. Einzelgewerkschaft	Mitgliedschaft in Dachgewerkschaft	Vorsitz	Mitgliederzahl (Juli 2018)	Internationale Mitgliedschaften
Hizmet-İş (Trade Union of Public Service)	Hak-İş	Mahmut Arslan	286.356	–
Türk Metal (Trade Unions of Metal Industry)	Türk-İş	Pevrul Kavlak	209.429	–
Genel-İş (Trade Union of Public Service)	DİSK	Remzi Çalışkan	76.925	–
Belediye-İş (Trade Union of Public Service)	Türk-İş	Nihat Yurdakul	74.904	–
Tez-Koop-İş (Trade Unions of Commerce, Education &)	Türk-İş	Haydar Özdemiroğlu	63.969	–

Die Konföderation Progressiver Gewerkschaften (DİSK) wurde 1967 nach einem Streik in einer Glasfabrik gegründet, der zur Spaltung innerhalb des TÜRK-İŞ geführt hatte. Die DİSK steht der »klassenorientierten Gewerkschaftstradition« nahe und sieht sich klar links. Nach dem Militärputsch von 1980 hat DİSK einen großen Teil seiner Mitglieder an TÜRK-İŞ verloren, da sie bis 1991 verboten war. Die beiden Mitglieds-gewerkschaften *Genel-İş* und *Birleşik Metal-İş* machen über 67 Prozent der Gesamtmitgliederzahl aus. Nur sieben der 21 Mitglieds-gewerkschaften sind autorisiert zum Abschluss von Tarifverträgen.

1976 wurde die HAK-İŞ gegründet, die für einen nicht-konfrontativen Kurs und einvernehmliche Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht.² Im Vergleich zu DİSK konnte die HAK-İŞ ein Jahr nach dem Putsch, also bereits 1981, seine Arbeit wieder aufnehmen. Die Führung von HAK-İŞ favorisiert gewerkschaftliche Arbeit, die auf sozialem Dialog basiert und sie ist stolz, dass in jüngerer Zeit das Konzept weitgehende Akzeptanz in der Arbeiterbewegung findet. Durch die »ideologische« Nähe zu der Regierungspartei AKP kann man ihr rapides Wachstum insbesondere ab 2010 erklären.³

In den 1980er Jahren gab es zwar immer noch keinen geeigneten rechtlichen Rahmen für gewerkschaftliche Aktivitäten der Staatsbediensteten, aber mit Berufung auf maßgebliche internationale Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit forderte man das demokratische Recht auf Gründung von Gewerkschaften ein. Den Anfang machten dabei in den frühen 90er Jahren die Lehrer_innen und die Angestellten der Kommunen. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung wurde ein Rat zur Gründung eines Dachverbandes der Beamtengewerkschaften eingesetzt, der in einer Reihe landesweiter Demonstrationen, Märschen, Hungerstreiks und Arbeitsniederlegungen für das Recht auf Vereinigung und Tarifverhandlungen kämpfte. 1995 trugen diese Anstrengungen Früchte mit einer Verfassungsänderung, die Staatsbediensteten das Recht auf Vereinigung gewährte.

In den 1990er Jahren entstanden dann die drei gegenwärtig größten gewerkschaftlichen Dachverbände der öffentlich Bediensteten: Türkiye KAMU-SEN (1992), KESK (1995) und MEMUR-SEN (1995). Die Beamtengewerkschaften teilen sich ebenfalls entlang ideologischer Fronten. Türkiye Kamu-Sen steht der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) nahe, KESK ist links und Memur-Sen steht der AKP nahe.⁴ Derzeit gibt es laut offiziellen Angaben von 2018 ca. 3,1 Mio. Beamte in der Türkei.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (ITUC) lehnte 2006 und 2011 zwei Mal den Memur-Sen Antrag auf Mitgliedschaft ab, weil die Unabhängigkeit von Memur-Sen als Gewerkschaft zweifelhaft gesehen wird.

Während des Ausnahmezustandes von Juli 2016 bis Juli 2018 wurden knapp 126.000 Beamte entlassen. Ein Bericht der KESK von 2017 stellt fest, dass 67 Prozent der entlassenen Beamten Gewerkschaftsmitglieder waren. Die oppositionelle und regierungskritische KESK litt seit 2012 unter Verhaftungen und Gerichtsverhandlungen. 2012 wurden 72 KESK-Mitglieder und Funktionäre mit der Anschuldigung, Kontakt zur PKK zu haben, verhaftet. Ein Jahr später wurden sie alle entlassen, doch das Verfahren dauerte bis 2017 an. Nach einem KESK-Bericht wurden während des Ausnahmezustandes 66 KESK Mitglieder und Funktionäre verhaftet, 4. 218 haben ihre Arbeit verloren.⁵

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Während der Militärdiktatur zwischen 1980 und 1983 wurden zwei sehr einschränkende Gewerkschafts- und Tarifvertragsgesetze erlassen, die ab 1983 in Kraft traten. Durch dieses Gesetz wurde es viel schwieriger, Gewerkschaftsorgani-

² Birelma, Alpkan (2019): Gewerkschaften in der Türkei, Istanbul: Friedrich-Ebert Stiftung.

³ Celik A. (2015): *Middle East Studies* 51(4), S. 618–635.

⁴ Vgl. Koç & Koç, 2009: *Kesk Tarihi-I: Risk Alanlar Yolu Açanlar* (1985–1995), Ankara: Epos.

⁵ KESK (2018): 15 Temmuz Darbe Girişimi sonrası Sivil Darbe sürecinde yaşanan hak ihlalleri, Ankara: KESK; https://www.kesk.org.tr/wp-content/uploads/2018/01/19_01_2018-rapor.pdf

Tabelle 3

Die gewerkschaftlichen Dachverbände für Beamte

Branchen bzw. Einzelgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl (Juli 2018)	Internationale Mitgliedschaften
MEMUR-SEN (Confederation of Public Servants Trade Unions)	Ali Yalçın	1.010.298	
KAMU- SEN (Confederation of Public Servants Trade Unions)	Önder Kahveci	394.423	
KESK (Confederation of Public Employees Trade Unions)	Mehmet Bozgeyik und Aysun Gezen	146.287	ETUC, IGB

sationen in neuen Unternehmen aufzubauen, wodurch auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften ständig fiel. Erst durch den Druck der Gewerkschaften, der EU und ILO kam es zu einer Debatte zu einem neuen Gewerkschaftsgesetz.⁶

Das neue Tarifvertragsgesetz von 2012 beinhaltet einige Fortschritte wie bei der Gründung von Gewerkschaftsorganisationen sowie internen Funktionen von Gewerkschaften. Jedoch blieben viele Einschränkungen des früheren Gesetzes wie zum Streikrecht erhalten. Durch dieses Gesetz ist die Bevollmächtigung zu Tarifverhandlungen für neu organisierte Gewerkschaften nach wie vor schwierig. Weiterhin benötigt man für die Vollmacht zu Tarifverhandlungen eine Mindestmitgliedschaft von 50 Prozent der Belegschaft bei einem Unternehmen. Bei Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten wurde es auf 40 Prozent gesenkt.

Nicht nur die einzelnen Hürden wie die Autorisierung zu Tarifverhandlungen sind problematisch, sondern der ganze Mechanismus selbst. Auch wenn eine Gewerkschaft beide Hürden überwindet, beim Ministerium die Autorisierung beantragt und diese dann auch erhält, kann der Arbeitgeber dagegen klagen. Gewerkschaften sind nicht berechtigt zu Tarifverhandlungen bevor das Gericht entscheidet, was auch ca. zwei Jahre dauern kann.

Beamte erhielten durch die Änderungen des Gesetzes zu staatlichen Arbeitgebervereinigungen und Tarifverträgen Nr. 4688 erstmals das Recht auf Kollektivverhandlungen. Seitdem wurde alle zwei Jahre ein Tarifvertrag unterzeichnet. Die Verhandlungen sind auf einen Monat begrenzt und das Streikverbot für Beamte besteht fort. Wenn sich beide Seiten während der Verhandlungen nicht einigen können, fällt eine spezielle Schiedsstelle die Entscheidung. Die Regierung bestimmt die meisten Mitglieder dieser Schiedsstelle.

Nach dem Militärputschversuch vom Juni 2016 wurde das Streikrecht weiter eingeschränkt. Auf Druck der Opposition hob das Verfassungsgericht 2014 das generelle Streikverbot im öffentlichen Nahverkehr und dem Bankwesen auf. Doch dieses wurde durch eine Ausnahmezustandsverordnung im

November 2016 verändert. Dementsprechend kann die Regierung Streiks beim öffentlichen Nahverkehr und Bankwesen verbieten, wenn sie eine »Gefährdung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität« darstellen.

Seit Anfang 2017 hat die Regierung sieben Streiks von 150.000 Beschäftigten verboten. Aufgrund der steigenden Zahl von Streikverboten und der Inhaftierung von Gewerkschaftsfunktionären wurde die Türkei 2018 vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) als eines der zehn Länder mit den schlechtesten Bedingungen für Beschäftigte bezeichnet.⁷

Die Repressionen trafen nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle egalitären und demokratischen Kräfte des Landes.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Zwischen Januar 2013 und Juli 2018 stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von knapp 1 Mio. auf 1,8 Mio. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil organisierter Beschäftigter an der Gesamtbeschäftigung von 9,2 Prozent auf 12,8 Prozent. Jener Anstieg der Mitgliederzahlen änderte auch die Gewerkschaftslandschaft. Der Anteil von HAK-İş stieg von 16,6 auf 36,3 und im Gegensatz dazu fiel der Anteil von Türk-İş von 70,8 auf 53,2 und die DİSK von 10 auf 8,9 Prozent. Mit den gewerkschaftlich organisierten 1,7 Mio. Beamten sind knapp 3,5 Mio. Menschen Mitglied in einer Gewerkschaft bei einer Gesamtbeschäftigung von 20 Mio. Menschen.

Der Organisationsgrad im Privatsektor stagniert jedoch. Trotz aller Hindernisse zeigt es das Potenzial und eine Machtressource der Gewerkschaften. Es gibt einige Beispiele, bei denen die Arbeiter_innen und Gewerkschaften Druck auf die Regierung ausgeübt und sie zu einer umfangreichen De-Privatisierung gelenkt haben, die nahezu eine Million Beschäftigte bei öffentlichen Arbeitgebern betraf.

⁶ Birelma, Alpan 2019: Gewerkschaft in der Türkei, FES.

⁷ ITUC (2018): ITUC Global Rights Index, International Trade Union Confederation: <https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc-global-rights-index-2018-en-final-2.pdf>.

Tabelle 4
Verbotene Streiks der letzten 15 Jahre (2003–2018)

Jahr	Unternehmen	Teilnehmerzahl	Gewerkschaft
2003	Petlas	350	Petrol-İş
2003	Şişecam	5.000	Kristal-İş
2004	Şişecam	5.000	Kristal-İş
2004	Pirelli, Goodyear, Bridgestone	5.000	Lastik-İş
2005	Erdemir Mining	400	T.Maden-İş
2014	Şişecam	5.800	Kristal-İş
2014	Çayırhan and Çollolar Coal Mines	1.500	T. Maden-İş
2015	Turk Employers Association of Metal	15.000	Birleşik Metal-İş
2017	Asil Steel	600	Birleşik Metal-İş
2017	Employers of Electromechanical Metal	2.200	Birleşik Metal-İş
2017	Akbank	14.000	Banksis
2017	Şişecam	6.500	Kristal-İş
2017	Mefar Pharmaceuticals	500	Petrol-İş
2018	Turkish Employers Association of Metal Industries (MESS)	130.000	Türk Metal, Birleşik Metal ve çelik-İş
2018	Soda Sanayi A.Ş.	540	Petrol-İş
Gesamt		192.390	

Wenn wir aber allgemein den politischen Einfluss der Gewerkschaften nach dem Grad der Veränderungen von Regierungverhalten bemessen, stellen wir fest, dass ihr Einfluss in den 1990er Jahren stärker war. Im Zeitraum von 1989–1995 reagierten die Gewerkschaften auf die gewerkschaftsfeindliche Politik und Konjunkturprogramme der Regierung mit Großdemonstrationen, Märschen und Streiks.

Weiterhin gehören die DİSK, KESK und zum Teil die Türk-İş zu den oppositionellen Kräften in der Türkei. HAK-İş sowie die beiden Beamtengewerkschaften Memur-Sen und Kamu-Sen sind auf »Regierungslinie«.

Innergewerkschaftliche Rivalitäten sind stark ausgeprägt und zwar nicht nur zwischen Mitgliedsorganisationen verschiedener Gewerkschaftsbünde, sondern auch innerhalb desselben Dachverbandes. Sehr unwahrscheinlich ist daher auch eine Fusion der Gewerkschaften derselben Branche angesichts tief verwurzelter Differenzen zwischen den Gewerkschaftsbünden.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
 Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
 Dr. Marc Meinardus
 Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.